

Terminkalender

Bundestagsberatungen

10. bis 14. Dezember,
14. bis 18. Januar

Besucherguppe

10., 13. und 14. Dezember:
Besuchergruppen aus dem
Wahlkreis in Berlin

Mitgliederversammlung

15. Dezember: Gesamt-
mitgliederversammlung
der Linkspartei in Wismar
(Zeughaus)

Zur Rente

18. Dezember: Veranstal-
tung zur Rente in Brüel

Neujahrsempfang

10. Januar:
Neujahrsempfang der
Linksfraktion im Landtag

Gedenken

13. Januar: Gedenken
an den Gräbern von
Rosa Luxemburg und
Karl Liebknecht in Berlin

Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030.22770067
Fax: 030.22776076
martina.bunge@bundestag.de

Wahlkreisbüros
in Wismar, Rostock, Parchim, Lüz.,
Grevesmühlen und Gadebusch

Kontakt über
Lübsche Straße 97
23966 Wismar
Telefon: 03841.3265993
Fax: 03841.3265994

Jörg Möller
Mobil: 0171.3604460
martina.bunge@wk.bundestag.de

Rainer Raeschke
Mobil: 0172.3201859
martina.bunge@wk2.bundestag.de

Kinderarmut bekämpfen – Kinderzuschlag ausbauen

420 Euro als Minimum

Mindestens 420 Euro sollen
jedem Kind als Existenzmini-
mum zur Verfügung stehen.
Das verlangt DIE LINKE im
Bundestag angesichts zuneh-
mender Kinderarmut.

In Mecklenburg-Vorpommern
leben fast 60.000 Kinder
unter 15 Jahren in Hartz-IV-
Familien und damit in Armut.
Bundesweit wird die Anzahl
mit 1,9 Millionen angegeben.
Hinzu kommen weitere Kin-
der, deren Eltern sehr wenig
verdienen. Fünf Millionen Kin-
der und Jugendliche (bis 18
Jahre) haben nach Angaben
des Deutschen Kinderschut-
zbundes monatlich nicht mehr
als 250 Euro für den Lebens-

unterhalt zur Verfügung.
Dieser Zustand verlangt nach
schneller Abhilfe. Es darf
nicht sein, dass Kinder nur
knapp 2,60 Euro täglich für
Essen und Trinken haben
und dass eine Einschulung
Familien in die finanzielle
Katastrophe führt.
Die Linksfraktion fordert
deshalb, den schon existie-
renden Kinderzuschlag aus-
zubauen. Damit würde das
Risiko sinken, dass Armut
„vererbt“ wird. Jedes Kind, so
heißt es im Antrag der an den
Bundestag, muss unabhängig
vom Status der Eltern gleiche
Entwicklungschancen haben.

DS 16/6625

Diätenerhöhung, Datenspeicherung

Wer hat wie abgestimmt?

Fast 700 Euro mehr sollen die
Abgeordneten des Bundes-
tags an **Diäten** erhalten. Da-
rüber wurde am 16. Novem-
ber im Parlament abgestimmt.
Die Abgeordneten der Links-
fraktion aus Mecklenburg-
Vorpommern votierten – wie
ihre übrigen Fraktionskolle-
ginnen und -kollegen – dage-
gen. Ebenfalls Nein sagten
Dirk Manzewski (SPD) und
Harald Terpe (Bündnis 90/
Die Grünen). Dafür stimmten
Ulrich Adam, Angela Merkel
und Eckhardt Rehberg (CDU)
sowie Hans-Joachim Hacker
(SPD). Enthalten haben sich
Iris Hoffmann (SPD) und
Christian Ahrendt (FDP). Die
Linksfraktion wird die zusätz-
lichen Diäten spenden.

Sämtliche **Verbindungs-
daten aus der Telefon- und
Internetnutzung** werden ab
2008 ein halbes Jahr lang
gespeichert und sind damit
im Verfügungsbereich von
Geheimdiensten und Polizei.
Bei der Verabschiedung der
Vorratsdatenspeicherung
am 9. November stimmten
Linksfraktion sowie FDP und
Grüne dagegen.
Mein Nein gründete nicht
zuletzt in der Tatsache, dass
selbst Ärztinnen und Ärzte
einbezogen werden können.
Aus Mecklenburg-Vorpom-
mern stimmten alle Abge-
ordneten von CDU und SPD
für das neue Gesetz (Angela
Merkel nahm nicht an dem
Votum teil).



November/Dezember 2007

17 Anträge zur Rentenüber-
leitung · Vom Vorbeugen
und Heilen · Probezeit ist
Arbeitszeit · 420 Euro gegen
Kinderarmut · Wer hat wie
abgestimmt?

klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

Auf ein Wort

Weihnachtsgeschenke für 1,47 Euro?

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Weihnachten steht vor der
Tür. Doch viele Eltern sehen
den Feiertagen mit Sorge
entgegen. Sie haben nicht
genug Geld, um ihren Kindern
etwas auf den Gabentisch
zu legen. Für Menschen, die
vom Hartz-IV-Regelsatz leben
müssen, sind ganze 1,47 Euro
im Monat für Geschenke an
Kinder eingeplant.
Ein schlechter Witz, findet
meine Fraktion. Deshalb
haben wir im Bundestag mit
einem Antrag eine Weih-
nachtsbeihilfe von 40 Euro
gefordert. Eine Zahlung, die
es übrigens in Vor-Hartz-
Zeiten für die Beziehenden
und Bezieher von Sozialhilfe
schon gab.

Unser Vorschlag stieß in der
Debatte am 15. November
auf Ablehnung. Der Unions-
abgeordnete gab den Rat,
dass Geringverdiener wie
Höchstverdiener ihr „persönli-
ches Ausgabeverhalten nach
dem ausrichten“ müssen, was
zur Verfügung steht. Die FDP
sprach der Linksfraktion das
Recht ab, sich überhaupt zum
Weihnachtsfest zu äußern,
weil zu DDR-Zeiten die Weih-
nachtsengel als „Jahresend-
figur mit Flügeln“ bezeichnet
worden wären (?!).
Für die SPD-Vertreterin ist die
Weihnachtsbeihilfe gar nicht
abgeschafft, sondern „in ei-
nen erhöhten pauschalierten
Regelsatz eingeflossen“. Tat-
sächlich liegt der Hartz-IV-Re-
gelsatz über dem ehemaligen
Sozialhilfesatz. Davon müs-

sen allerdings heute so gut
wie alle Ausgaben bestritten
werden, die früher zusätzlich
finanziert werden konnten.
Es wird also keine Weih-
nachtsbeihilfe vom Staat ge-
ben. So kommen auch dieses
Jahr all die Spenden zum
Weihnachtsfest für von Armut
betroffene Menschen nur
einem Tropfen auf den heißen
Stein gleich.
Ich werde mich weiterhin da-
für engagieren, dass der Staat
in die Pflicht genommen wird,
aber auch selbst spenden.
In diesem Sinne wünsche ich
besinnliche Feiertage.
Ihre

Dr. Martina Bunge
ist Vorsitzende des
Gesundheitsausschusses

Auf den Punkt

„Der gute Zweck heiligt auch in Afghanistan keine militärischen
Mittel, sie diskreditieren ihn eher.“

Lothar Bisky, Fraktion DIE LINKE,
am 12. Oktober 2007 im Bundestag

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Ungerechtigkeiten müssen ein Ende haben

Dass es gerade 17 Anträge zur Rentenüberleitung geworden sind, ist eher ein Zufall. Dass es diese Anträge 17 Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit geben muss, ist ein Armutszeugnis für alle Bundesregierungen seit 1990. Die Überleitung der Altersversorgung der DDR in das bundesrepublikanische Recht erfolgte seinerzeit für viele Menschen problemlos. Allerdings resultieren aus dem Rentenüberleitungsgesetz von 1991 auch zahlreiche Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die zumeist bis heute anhalten.

Erstens ergaben sich rentenrechtliche Lücken, weil es für DDR-typische Sachverhalte keine bundesrepublikanische Entsprechung gab und die Suche nach einer Lösung unterblieb. Entsprechende Ansprüche wurden einfach gestrichen. Das reicht von mithelfenden Familienangehörigen von Handwerkern über Zeiten von Aspiranturen und Sonderstudien bis hin zu Scheidungen ohne Versorgungsausgleich.

Zweitens betrifft das nicht überführte Ansprüche aus zusätzlichen Versorgungssystemen der DDR für die wissenschaftliche, technische, medizinische und künstlerische Intelligenz, für Beschäftigte im Staats- und Sicherheitsapparat sowie in Parteien

und gesellschaftlichen Organisationen, aber auch Zusagen für bestimmte Berufsgruppen wie Beschäftigte der Reichsbahn, mittleres medizinisches Personal sowie Balletttänzerinnen und -tänzer.

Drittens wurden willkürliche Eingriffe in die Rentenformel unternommen und damit das Rentenrecht als Strafrecht benutzt. Statt Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenberechnung anzuerkennen, wird nur der jährliche Durchschnitt aller anerkannt. Das betrifft Personen, die in höheren Funktionen tätig waren, und alle Beschäftigten des MfS.

Wie ich aus der Zusammenarbeit mit vielen Betroffenen sowie ihren Vereinen und Verbänden weiß, wird die bisherige Praxis nicht nur als Aberkennung gelebten Lebens empfunden, sondern sie führt in vielen Fällen auch zu einer schwierigen sozialen Situation. Wir haben die Probleme jetzt in 17 Anträgen gebündelt und entsprechende gerechte und soziale Regelungen verlangt.

Diese Anträge hat unser Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi an die Bundeskanzlerin gesandt. Er reagierte damit auf eine Aufforderung, die sie an die Abgeordneten ihrer eigenen Fraktion gerichtet hat. Diese sollen bis Jahresende

eine Liste noch zu klärender Fragen zusammenstellen, die für die Ostdeutschen aus dem Einigungsprozess resultieren. Wir sind gespannt, wie Angela Merkel auf unsere Initiative reagiert.

Bis zur Behandlung im Bundestag, voraussichtlich im März, sollten wir die Zeit nutzen, um im außerparlamentarischen Raum für gerechte Lösungen in Sachen Rentenüberleitung zu werben. Bitte sorgen Sie dafür, dass viele Betroffene von unseren Anträgen erfahren. Sprechen Sie mit Ihren Nachbarn, informieren Sie in den Verbänden und Vereinen darüber ... Die Abgeordneten der anderen Parteien sollen wissen: Hier muss dringend etwas gelöst werden.

Wenn es in der Vergangenheit Verbesserungen gab, dann nur durch das Zusammenspiel von parlamentarischen, außerparlamentarischen und juristischen Bemühungen.

Die Anträge mit den Drucksachennummern 16/7019 bis 16/7035 sind im Internet abrufbar oder über mein Büro zu erhalten – in 23966 Wismar, Lübsche Straße 97, Telefon 03841-32 65 993 oder 0172-32 01 859, [per Mail über \[martina.bunge@wk.bundestag.de\]\(mailto:per.Mail.über.martina.bunge@wk.bundestag.de\)](mailto:per.Mail.über.martina.bunge@wk.bundestag.de) oder martina.bunge@wk2.bundestag.de

Präventionsgesetz mit Fragezeichen

Vom Vorbeugen und Heilen

Vorbeugen ist besser als Heilen. Deshalb treiben viele Leute Sport, ernähren sich gesund, hören mit dem Rauchen auf, gehen zur Vorsorge. Natürlich trägt jeder Mensch für sich selbst Verantwortung. Doch was Gesundheit und Wohlbefinden bedroht, hat nicht in erster Linie mit dem Verhalten als vielmehr mit Verhältnissen zu tun. Das sind nicht nur dicke Luft und Lärm, sondern auch Stress in der Schule, miese Arbeitsbedingungen, Erwerbslosigkeit und Armut, die krank machen. Deshalb handelt es sich bei Gesundheitsförderung und Prävention um eine öffentliche Aufgabe ersten Ranges. Ein Präventionsgesetz ist zwar kein Allheilmittel. Aber es kann die Rahmenbedingungen für ein gesundes Le-

ben verbessern. Ausreichend Geld für Prävention würde helfen, Milliarden Euro bei der Versorgung zu sparen. Ein Entwurf aus dem Bundesgesundheitsministerium macht aber wenig Hoffnung. „Die Stärkung der Wirtschaftskraft“ – wie gleich im ersten Satz formuliert – darf nicht das zentrale Ziel sein. Zudem muss sich die Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung bei der Finanzierung widerspiegeln. Für unerlässlich halte ich den spürbaren Einsatz von Steuermitteln. Außerdem müssen alle Sozialversicherungszweige, auch die Arbeitslosenversicherung, einbezogen sein, ebenso die „Verursacherindustrien“. Die Linke legt in Kürze ihre eigenen Forderungen vor.

Gegen unbezahlte „Einfühlungsverhältnisse“

Probezeit ist Arbeitszeit

Wegen der schlechten Situation auf dem Arbeitsmarkt sehen sich immer wieder Erwerbslose gezwungen, „Einfühlungsverhältnisse“ einzugehen. Diese zeichnen sich durch schlechte oder gar keine Bezahlung aus und werden praktiziert, bevor es einen regulären Arbeitsvertrag gibt.

Die Linksfraktion will verhindern, dass Arbeitgeber die Zwangslage von Erwerbs-

losen ausnutzen können, nur um dadurch kurzfristig unbezahlte Arbeitskräfte zu haben. In einem Antrag fordert sie deshalb: Jegliche Einarbeitungs- und Probearbeitszeiten müssen als Arbeitsverhältnis gelten und entsprechend tariflich oder ortsüblich entlohnt werden, mindestens aber mit einem Mindestlohn von acht Euro pro Stunde.

Initiativen der Fraktion

Keine Angriffskriege.

Nicht nur die Vorbereitungen von Angriffskriegen (wie es § 80 des Strafgesetzbuches festschreibt), sondern auch die Auslösung, Durchführung und Unterstützung sind strafrechtlich zu ahnden.

Gesetzentwurf, DS 16/6379

Praktika zum Lernen.

Das Berufsbildungsgesetz soll Praktika eindeutig als Lernverhältnisse definieren, um den Missbrauch von Praktika zu stoppen.

Gesetzentwurf, DS 16/6629

Hartz IV: 435 Euro.

Drei Forderungen werden erhoben: Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 435 Euro, Anpassung entsprechend den Lebenshaltungskosten und Finanzierung von besonderen Lernmitteln.

Antrag, DS 16/7040

Auftrag nur bei Tarif.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll an Tariftreue (bzw. die Zahlung eines Mindestlohns) gebunden sein. Außerdem sind internationale Arbeits- und Menschenrechtsstandards sowie klima- und umweltpolitische Kriterien einzuhalten.

Antrag, DS 16/6930